



Zwei Jahre Krieg: Ukraine entschlossen unterstützen CDU/CSU fordert Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern

Nach mehr als zwei Jahren Krieg fehlt es der Ukraine an Waffen, Munition und Soldaten, um sich gegen den Aggressor zu behaupten. In dieser Situation appelliert die CDU/CSU-Fraktion eindringlich an die Bundesregierung, der Ukraine alle Waffen zu liefern, die sie zu ihrer Verteidigung benötigt, einschließlich des Marschflugkörpers Taurus. Fraktionsvize Johann David Wadephul wies im Bundestag darauf hin, dass Russlands Machthaber Wladimir Putin nur die Sprache der Entschlossenheit verstehe. Putin werde „nur dann den Rückzug antreten, wenn er dazu gezwungen wird“, sagte Wadephul in der Debatte zum Antrag der Unionsfraktion, in dem sie eine konsequente Unterstützung der Ukraine und die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern fordert. Der verteidigungspolitische Sprecher Florian Hahn sagte: „Appeasement hat noch nie gegen Tyrannen geholfen.“

Mit dem Antrag wollte die Union den Bundestag zur Geschlossenheit in der Unterstützung der Ukraine aufrufen. Sie wollte auch Abgeordnete aus den Reihen der Koalition, die sich öffentlich für die Lieferung von Taurus aussprechen, dazu ermutigen, Farbe zu bekennen. Innerhalb



Norbert Röttgen bei seiner Erwiderung auf Bundeskanzler Scholz am Mittwoch bei der Regierungsbefragung im Plenum

der Ampel lehnen vor allem Bundeskanzler Olaf Scholz und die SPD die Bereitstellung des weitreichenden Waffensystems ab.

Scholz begründet seine Ablehnung hauptsächlich mit seiner Sorge vor der Ausweitung des Krieges auf Deutschland. Wie haltlos diese Begründung ist, haben in einer Befragung des Kanzlers im Bundestag bereits **Seite 2**

Unterstützung für Taiwan

Der Parlamentarische Freundeskreis Berlin-Taipei diskutierte heute mit dem Botschafter von Taiwan, Prof. Dr. Jhy-Wey Shieh, über die permanente Bedrohung der Unabhängigkeit des demokratischen Inselstaats durch den großen Nachbarn China. Immer wieder käme es zu Luftraumverletzungen durch chinesische Militärflugzeuge, was nicht anders als eine Provokation Taiwans anzusehen sei. China sieht Taiwan als abtrünnige Provinz an und verlangt den Anschluss der Insel an die autokratische Volksrepublik. Gerade in Zeiten, in denen Russland versucht, mit kriegerischen Mitteln Staatsgrenzen zu verschieben, muss Taiwan die Gewissheit haben, dass ein Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für Taiwan gilt und wir diesen völkerrechtlichen Grundsatz unterstützen. ■



Seite 2

Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



Fortsetzung von Seite 1

Fraktionsvize Wadehul und der CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen offengelegt. Beide CDU-Abgeordnete führten vor allem an, dass bereits die NATO-Partner USA, Großbritannien und Frankreich weitreichende Waffensysteme an die Ukraine geliefert haben, ohne auf diese Weise in den Krieg hineingezogen worden zu sein.

Im Antrag der Unionsfraktion wird darauf verwiesen, dass Kiew „mehrfach zugesichert“ habe, diese Waffensysteme mit hoher Reichweite ausschließlich auf dem Territorium der Ukraine einzusetzen und mit ihnen nicht russisches Staatsgebiet anzugreifen.

In der Debatte bekräftigte die CDU-Abgeordnete Annette Widmann-Mauz, es gehe nicht um ein einzelnes Waffensystem und auch nicht um Rankings, welches Land der Ukraine am meisten liefere. Die eigentliche Frage laute: „Tun wir genug?“ Deutschland und seine

Partner müssten mit allem Verfügbaren helfen, damit die Ukraine den Krieg gewinnt, damit die Ukrainerinnen und Ukrainer frei und selbstbestimmt in ihren völkerrechtlich anerkannten Grenzen leben können. Bei dieser Unterstützung dürfe man sich nicht „von Putins Drohgebärden einschüchtern lassen“.

Auch CDU-Fraktionschef Friedrich Merz kritisierte den Kanzler für dessen Nein zu den Taurus-Lieferungen. "Wir müssen der Ukraine mehr helfen, um diesen Krieg zu gewinnen", sagte er dem Sender RTL. Denn wenn die Ukraine verliere, "dann verlieren wir alle". Den Auftritt des Bundeskanzlers in der Regierungsbefragung vom Vortag kritisierte Merz ebenfalls scharf. Scholz widerspreche sich in seiner Begründung für die Ablehnung von Taurus und spiele "mit Kriegsängsten der deutschen Bevölkerung". ■

Migrationskrise: CDU/CSU fordert Begrenzung des Zuzugs und Hilfe für Gemeinden

Seit dem Spätsommer 2022 haben eine halbe Million Menschen in Deutschland Asyl beantragt. Der Zustrom ebbt nicht ab. Städte und Gemeinden wissen längst nicht mehr, wo sie die Flüchtlinge unterbringen und wie sie sie versorgen sollen. Die Ampel-Koalition jedoch tut so gut wie nichts, um das Problem in den Griff zu bekommen. Die CDU/CSU-Fraktion drängt die Bundesregierung daher, Länder und Kommunen in der Migrationskrise nicht im Stich zu lassen.

Wie ist die Lage?

Wenn es so weiter geht wie bisher, dann wird die Zahl der Asylbewerber Ende des Jahres erneut bei 300.000 liegen. Die Kommunen sind aber bereits jetzt überfordert, wenn es um Wohnraum, Schulen und Kindertagesstätten, medizinische Versorgung oder Integrationskurse geht. Bei einem Bund-Länder-Gipfel am 6. November versprach der Kanzler, für Abhilfe zu sorgen und irreguläre Migration zu unterbinden. Von seinen Versprechungen wurde jedoch kaum etwas umgesetzt. Auch ein Folgetreffen zwischen Kanzler und Ministerpräsidenten am 6. März brachte kaum mehr als Absichtserklärungen.

Was tut die Bundesregierung?

Statt sich um den Stopp der illegalen Migration zu kümmern, hintertreibt die Koalition die Beschlüsse mit den Ländern aktiv. So soll nach dem Willen der SPD der Familiennachzug für Schutzberechtigte erweitert werden. Die Bundesinnenministerin prüft außerdem, ob

Asylgesuche sogar in Drittstaaten außerhalb der EU gestellt werden können. Das wäre ein weiterer Anreiz für eine Asylmigration nach Deutschland. Die Koalition hat außerdem beschlossen, ausreisepflichtigen Migranten vor der Rückführung verpflichtend einen Anwalt zur Seite zu stellen – was wie ein Frühwarnsystem wirkt und dazu einlädt, vor der Abschiebung unterzutauchen. Auch die zwischen Bund und Ländern verabredete Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber liegt auf Eis. Mit der Karte würde verhindert, dass die Bewerber Bargeld an Verwandte ins Ausland schicken.

Was fordert die CDU/CSU-Fraktion?

Die CDU/CSU-Fraktion fordert die Regierung in einem Antrag an den Bundestag auf, endlich alles zu unternehmen, um den irregulären Zuzug zu begrenzen. So soll die Ampel-Koalition mehr Migrationsabkommen mit Herkunftsländern abschließen, damit diese ihre abgelehnten Staatsbürger zurücknehmen. Sie soll außerdem die Liste sicherer Herkunftsstaaten um Länder wie Indien oder Tunesien, Marokko und Algerien ergänzen. Aus Sicht der Union muss jeglicher Anreiz für illegale Migration unterbunden werden. Auch alle Regeln, die Abschiebungen erschweren, soll die Regierung aufheben. Zum Beispiel sollen Abschiebungen direkt aus deutschen Flughäfen möglich werden. Innerhalb der Europäischen Union soll sich die Koalition dafür einsetzen, den Schutz der Außengrenzen zu verstärken, Migration von Asylbewerbern zwischen den EU-Staaten zu unterbinden und Asylverfahren in Drittstaaten zu organisieren. ■